

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Monat, bei Bestellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich. Abnahme 10 Wk. 18 Mk. Die Postbestellungen sind zu bezeichnen mit „Wilsdruffer Tageblatt“.



Angabe: Die 4 getragene Nummer 20 des Wilsdruffer Tageblattes, die 4 getragene Nummer der amtlichen Bekanntmachungen 40 des Wilsdruffer Tageblattes, die 4 getragene Nummer der amtlichen Bekanntmachungen 40 des Wilsdruffer Tageblattes, die 4 getragene Nummer der amtlichen Bekanntmachungen 40 des Wilsdruffer Tageblattes.

Nr. 67. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Montag, den 21. März 1927

## Mussolinis Balkanpolitik.

Im alten Rom gab es einen Tempel des Kriegsgottes Mars, der immer dann geöffnet war, wenn Krieg geführt wurde. Es ist von den Schriftstellern der damaligen Zeit als ein besonderes Verdienst eines römischen Kaisers hingestellt worden, daß unter seiner Regierung ein mal die Pforten dieses Tempels geschlossen werden konnten, weil Rom keinen Krieg führte. So ähnlich ist es auch heute: trotz Völkerbund und Schiedsgerichtsverfahren, was alles dazu dienen soll, um die kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Erdball zu verhindern. Irgendwo auf diesem Erdenrund hat es an solchen Auseinandersetzungen nie gefehlt, seitdem die große Auseinandersetzung im Weltkrieg beendet war.

Nun brennt ein neues Kriegsfieber auf dem Balkan, in Albanien. Denn es kann fast nicht anders bedeuten als die Einleitung zu einer kriegerischen Eroberung, wenn jetzt Italien sämtliche europäischen Regierungen eine Zirkularnote übermittelt hat, worin es heißt, daß Jugoslawien Vorbereitungen treffe, um ein Einfallen in Albanien auszuführen zu dem Zweck, die bisherige Regierung des Ahmed Zogu zu stürzen. Da es keine Italien nicht dulden und es ist infolgedessen damit zu rechnen, daß es zum mindesten in Albanien selbst zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt, auch für den Fall, daß Jugoslawien selbst sich daran nicht beteiligt.

Albanien ist anscheinend das nächste Ziel in der Außenpolitik Mussolinis. Es ist bekannt, daß Italien schon während des Weltkrieges eifrig bemüht war, sich in Albanien, also auf der anderen Seite der Adria, eine feste Stellung zu verschaffen. Würde das gelingen, so wäre jener Teil der östlichen Adriaküste, die in jugoslawischem Besitz ist, abgeschnitten. Man kann es daher verstehen, wenn Jugoslawien alles daransetzt, um dem italienischen Vordringen in Albanien entgegenzuwirken.

Albanien selbst ist seit 1914, als der Fürst von Wied, der „Kaiser“ dieses Landes, den Thron räumen mußte, überhaupt nicht zur Ruhe gekommen. Der ehemalige Deutsche Kaiser hat nicht unrecht gehabt, als er sich bis aufs Äußerste weigerte, seine Genehmigung dazu zu erteilen, daß der Prinz von Wied sich in das albanische Abenteuer stürzte. Diese auch heute noch halb zivilisierten Gegenden verlangen als Herrscher eine rücksichtslos energische Persönlichkeit, und auch dem jetzigen Präsidenten der Republik Albanien, Ahmed Zogu, ist es nicht gelungen, Ruhe zu schaffen. Er hat mit Italien einen Vertrag abgeschlossen, der ihm im Kampf gegen seine Widersacher Stütze sein sollte. Und diese Gegenpartei setzt sich keineswegs etwa nur aus den christlichen Albanern zusammen, sondern alles, was Albanien den Albanern wünscht, hat sich gegen Ahmed Zogu geeinigt, der nichts anderes hofft, als mit italienischer Unterstützung König von Albanien zu werden. Es ist möglich, daß die Gegenpartei jugoslawische Hilfe, wenn natürlich auch verdeckt, erhalten hat und erhält; andererseits hat aber auch Italien schon sehr weitgehende Vorbereitungen getroffen, um militärisch Ahmed Zogus Stellung zu stürzen. Jetzt wird erkennbar, warum Italien vor kurzem die Erwerbung Mesopotamiens durch Rumänien sanktioniert hat: man wollte sich dadurch einen Bundesgenossen gewinnen, der Jugoslawien verhindern soll, in die Auseinandersetzungen über die Zukunft Albanien einzugreifen. Daß England bei diesen Auseinandersetzungen auf der Seite Italiens steht, ist ebenso zweifellos wie die Uninteressiertheit Frankreichs an einer Besetzung Albanien durch Italien in irgendeiner Form. Schon spricht die italienische Presse von großen kriegerischen Vorbereitungen in Jugoslawien, von Truppenzusammenziehungen an der albanischen Grenze, Nachrichten allerdings, die von Belgrad aus aufs energischste bestritten werden. Ob ein solches Dementi Glauben finden wird, ist nicht wahrscheinlich, auch nicht wesentlich, weil es ja aller Brauch ist, immer den Gegner als den Angreifenden hinzustellen.

So sind ziemlich plötzlich über jenem Wetterwinkel Europas Kriegswolken emporgezogen. Mussolini wird sicherlich nicht zögern, energisch auf der anderen Seite der Adria vorzugehen, um der Erfüllung des italienischen Traumes, dieses zu italienischem Besitz zu machen, näherzukommen.

## Aussprache über Aufwertungsverbesserung

Die Stellungnahme der Parteien. Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte die Beratung der Aufwertungsanträge fort. Abg. Dr. Jorissen (Wirtschaftliche Vereinigung) sprach sich namens seiner Partei gegen eine Volksabstimmung über die Aufwertung aus. Später könne man wohl, wenn die Verhältnisse sich konsolidieren, vielleicht einmal an eine Abgabe vom neuen Vermögen denken, jetzt nicht. Abg. Reil (Soz.) vermehrte eine Stellungnahme der Ländervertreter, die, wie Württemberg, gegen die Vorlage gestimmt hätten. (Justizminister Berg: Württemberg hat nicht dagegen gestimmt.) Die Vorlage werde nicht zur Beratung der spendenden Bevölkerung beitragen. Ausdrücklich denke man nicht an eine Erhöhung des Abwärtensfußes für die Gemeindefiskus. Eine Aufwertung der Gesamtfrage der Aufwertung würde das deutsche Wirtschaftslieben von neuem verunsichern, man dürfe deshalb nur solche Einzelfragen angehen.

## Kriegsgefahr um Albanien.

### Drohnote Italiens.

An sämtliche europäischen Regierungen. Mit einem Male sind die schon seit einiger Zeit aufgetauchten Befürchtungen wegen etwaiger kriegerischer Verwicklungen auf dem Balkan akut geworden. Die italienische Regierung hat der englischen Regierung und den anderen europäischen Regierungen eine Zirkularnote übermittelt, in der sie behauptet, sie habe Informationen erhalten, wonach auf südwestlichem Gebiet Vorbereitungen getroffen werden, um einen Einfall in Albanien auszuführen, dazu bestimmt, die bisherige Regierung zu stürzen. Da die italienische Regierung mit der Regierung von Ahmed Zogu einen Vertrag geschlossen habe, könne Italien einen derartigen Umsturzversuch nicht dulden. In London rief die italienische Mitteilung erhebliche Erregung hervor.

Die italienische amtliche Agentur Stefani leugnet die Veröffentlichung der Note nicht ab, sondern läßt es bei folgender Verharmlosungsmeldung bewenden: „In einzelnen ausländischen Zeitungen laufen die üblichen Nachrichten über kriegerische Vorbereitungen im Hinblick auf besondere Vorkommnisse auf der Balkanhalbinsel um. Derartige Nachrichten entbehren jeder Grundlage und gehören zu den üblichen antisozialistischen alarmierenden Methoden. Tatsache ist, daß Italien, was es stets gezeitigt hat, eine Politik friedlicher Vereinbarung verfolgt und weder direkte noch indirekte Maßregeln beabsichtigt, die direkt oder indirekt den Frieden an irgendeiner Stelle Europas zu stören geeignet sind oder stören werden. Wer das Gegenteil behauptet, ist nicht unterrichtet oder handelt böswillig.“

### Widerspruch aus Belgrad.

Die jugoslawische Regierung erklärt durch die Agentur Avale die in italienischen Zeitungen verbreiteten Gerüchte über angebliche Klüftungen im Königreich Jugoslawien als in jeder Beziehung erfunden.

Die Belgrader „Politika“ behauptet, Italien bringe durch Kriegsschiffe seiner Marine Kriegsmaterial nach Valona. Am 7. März habe ein italienischer Zerstörer in der Nacht Gebirgsgeschütze in Valona ausgeladen und sei dann sofort wieder abgedampft. Von italienischer Seite werden alle derartigen Behauptungen dementiert. Dagegen wird aus Tirana berichtet, daß sich in Albanien unter der Einwirkung des italienisch-albanischen Vertrages die Lage ständig verschlimmere.

Natürlich wird umgekehrt in Italien behauptet, die Serben zögen Truppen zum Einmarsch in Albanien zusammen.

## Italien setzt auch Deutschland in Kenntnis

Die Vorgänge auf dem Balkan. Die italienische Regierung hat auch der deutschen Regierung über die Vorgänge auf dem Balkan in ihrem Sinne unterrichtet. Sie hat dabei darauf hingewiesen, daß nach ihren Beobachtungen in Jugoslawien stark militärische Vorbereitungen mit Bezug auf Albanien getroffen würden. Die italienische Regierung verweigert nicht, hierauf mit militärischen Gegenmaßnahmen zu antworten. Sie werde aber der deutschen Regierung ebenso wie den übrigen am Balkan interessierten Mächten zur Entkräftung der im Zusammenhang mit diesen Klüftungen gegen Italien eingeleiteten Kampagne alsbald ausführliches Material vorlegen, das die tatsächliche Lage aufkläre.

Die die Gesamtwirtschaft nicht verunglücken, streiten sich in diesem Rahmen noch erhebliche Verbesserungen der Aufwertung über die Regierungsvorlage hinaus möglich. Abg. Scheiter (Ztr.) meinte, daß die Aufwertungsfrage eine Verhinderung in die Kreise der Gläubiger und Schuldner gebracht und namentlich ermöglicht hätten, Familienkreisheiten durch Vergleich zu schließen. Es müsse vermieden werden, die wirtschaftlichen Gefahren wieder heraufzubekommen die mit der Geschickung von 1925 vermieden werden sollten. Der maßlosen Agitation müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Die Zentrumspartei werde für die Regierungsvorlage stimmen.

## Die polnisch-litauische Spannung.

Zu Meldungen über einen beabsichtigten Vormarsch polnischer Truppen gegen Litwa wird von maßgebender polnischer Seite erklärt, daß die Nachrichten nicht den Tatsachen entsprechen. An der polnisch-litauischen Grenze seien gegenwärtig polnischerseits keine Truppenansammlungen im Gange. Doch wird von gut unterrichteter Seite versichert, daß eine „maßgebende ausländische Macht“ (gemeint ist England) Litauen demnächst auffordern werde, daß es klipp und klar erkläre, ob es immer noch nicht die Vorkaspienentscheidung über das Wilnaer Gebiet anerkennt und ob es sich immer noch als im Kriegsausland mit Polen befindlich betrachtet.

## England für Eingreifen des Völkerbundes?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. London, 20. März. Der südslawisch-italienische Konflikt wird in London im allgemeinen ruhig beurteilt, ohne daß die sich aus ihm ergebenden Gefahren unterschätzt werden. Bei den ersten Konfliktmöglichkeiten und der heißen juristischen Lage würde man es nicht ungern sehen, wenn der Völkerbundrat auf Grund des Artikels 11 sich der Angelegenheit annehme und zunächst Italien und Südslawien verpflichtete, jede militärische Aktion zu unterlassen, bis eine Sonderkommission des Völkerbundes den Konflikt an Ort und Stelle geprüft habe. Die Voraussetzungen des Artikels 11 für einen entsprechenden Antrag auf ein Eingreifen des Völkerbundes werden als sofort gegeben erachtet.

## Paris-Londoner Gedankenanstausch.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. Paris, 21. März. Wie verlautet, wird zur Zeit ein lebhafter Gedankenanstausch zwischen Paris und London über die Maßnahmen geführt, die zu ergreifen seien, um ein weiteres Zunehmen der italienisch-jugoslawischen Spannung und eine Ausbreitung des Konfliktes zu verhindern. Gegenüber dem angeblich von deutscher Seite stammenden Vorschlag, eine Sonderkommission des Völkerbundes einzuberufen, sei der englische Plan vorzuziehen, die alliierten Militärattachés zur Einleitung einer Untersuchung an Ort und Stelle zu entsenden.

## Blutige Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. Berlin, 20. März. Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es am heutigen Sonntagabend gegen 7 Uhr auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost. Es entspann sich ein Feuergefecht, bei dem nach den bisherigen Feststellungen etwa 20 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Erst nach einer halben Stunde gelang es einem starken Polizeiaufgebot, dem Kampf, an dem etwa 200 Personen beteiligt waren, ein Ende zu machen. 20 Personen aus beiden Lagern wurden verhaftet und der Abteilung I des Berliner Polizeipräsidiums zugeführt.

## Weiteres Vorrücken der Kantontuppen

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. London, 21. März. Wie aus Schanghai gemeldet wird, ist das Geschütze der vordringenden Kantontuppen bereits in Schanghai vernehmbar. In zwei Tagen werden die Kantone in Schanghai erobert. Die Nordarmee hat nunmehr sowohl Sunkiang wie Wuliang den Kantontuppen überlassen, während Sutchen, das als Knotenpunkt der Eisenbahn Kanling-Schanghai der wichtigste strategische Punkt für die Einnahme Schanghais ist, von der Schantungarmee keinem Schicksal überlassen wurde. Die Nordtruppen haben ihre Stellungen, ohne ernstlichen Widerstand zu leisten, preisgegeben, und die Stadt ist überflutet von Flüchtlingen aus Kanling. Als Begründung für den überraschenden geringen Widerstand der Nordtruppen wird angeführt, daß verschiedene Untergeneräle sich nur mit halbem Herzen für die Sache der Nordarmee einsetzten.

Die litauische Gesandtschaft teilt mit: „Die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte über einen bevorstehenden Ausbruch von Feindseligkeiten an der litauisch-polnischen Demarkationslinie entbehren jeder Grundlage. Die Alarmmeldungen sind auf die häufigen Plänkelleien zwischen polnischen und litauischen Grenzposten sowie auf die dort herrschende Nervosität und die bis jetzt nicht gelöste Wilnafrage zurückzuführen.“

## Rußland meldet sich.

Vor kurzer Zeit erregte es Erstaunen, daß Italien plötzlich und unerwartet seine Zustimmung zu der Abmachung aussprach, daß das frühere russische Besarabien an Rumänien fällt. Die rumänische Kammer hat beschlossen, in Kischineu ein Mussolini-Denkmal errichten zu lassen zum Dank für die Ratifikation des besarabischen Protokolls durch Italien. Der Gemeinderat von Bukarest hat die „Strada Romana“ umbenannt in „Strada Mussolini“. Neuiger einverstanden ist Rußland mit der Angelegenheit. Die Sowjetregierung hat durch ihren Botschafter im Ministerium des Aeußen in Rom eine Protestnote gegen die Ratifizierung des Pariser Vertrages über Besarabien überreichen lassen.